

## HANDELSVERTRAG BINDET CHINA AN JAPAN

Holger Dohmen

Die Volksrepublik China und Japan haben ein neues Kapitel in ihren Wirtschaftsbeziehungen aufgeschlagen. Ohnehin schon enge Handelspartner in der Vergangenheit (gegenseitiger Warenaustausch 1977: 3,486 Mrd.US\$, davon Exporte nach China: 1,939 Mrd.US\$, Importe aus China: 1,547 Mrd.US\$), haben die beiden ostasiatischen Wirtschaftspartner ihren Warenaustausch für die nächsten acht Jahre auf 20 Mrd.US\$ vorfixiert. Dies sieht ein privater, 12 Artikel umfassender Handelsvertrag vor, den der Vorsitzende der Nippon Steel Corporation, Yoshihiro Inayama, und der stellvertretende chinesische Außenhandelsminister Liu Hsi-wen am 16. Februar in der Großen Halle des Volkes in Peking unterzeichnet haben. Obwohl der Vertrag privaten Charakter hat, weist seine Präambel ausdrücklich darauf hin, daß er mit Unterstützung der beiden Regierungen geschlossen sei. Wörtlich: "Das Abkommen wird unterzeichnet als Teil des Handels zwischen beiden Ländern mit der Unterstützung der Regierungen beider Staaten und auf der Basis der Gleichberechtigung und Reziprozität bei der Erfüllung der gegenseitigen Bedürfnisse und bei der Balance von Im- und Exporten" (1). Als politische Geste Pekings ist deshalb auch die Anwesenheit von Außenhandelsminister Li Chiang bei der Unterzeichnungszeremonie zu werten. Auf der Gegenseite war ferner Keidanren-Präsident Toshiwo Doko zugegen.

Der Vertrag sieht vor, daß Japan künftig Rohöl und Kohle kaufen wird, während China japanische Industrieanlagen und Konstruktionsmaterial beziehen wird. Ferner vereinbarten beide Seiten die Förderung der Zusammenarbeit auf dem Felde von Wissenschaft und Technologie, um eine weitere Verbreiterung der Grundlage für den wirtschaftlichen Austausch innerhalb der nächsten Jahre zu schaffen. Die Vorverhandlungen für das Abkommen hatten ein Jahr gedauert. Ursprünglich war es vom verstorbenen chinesischen Ministerpräsidenten Chou En-lai vorgeschlagen worden, und zwar noch vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahre 1972. Nach dem Abkommen verpflichten sich die beiden Länder innerhalb der nächsten acht Jahre jeweils Waren für 10 Mrd.US\$ in das andere Land zu exportieren. Konkrete Zahlen (Artikel 2) werden nur für die ersten fünf Jahre genannt, danach soll das Vertragswerk überprüft werden, zunächst will Japan 47,1 Mio.t Rohöl importieren, zwischen 5,15 Mio. und 5,3 Mio.t Hochofenkoks für die Stahlproduktion und 3,9 Mio.t Dampfkesselkohle für die Energieerzeugung. Bisher hatte Japan diese Rohstoffe nur auf Jahresabschlußbasis geordert.

Auf den Zeitraum 1978-82 ergeben sich folgende Werte:

1978:  
7 Mio.t Öl, 150.000-300.000 t Koks, 150.000-200.000 t Dampfkohle

1979:  
7,6 Mio.t Öl, 500.000 t Koks, 150.000-200.000 t Dampfkohle

1980:  
8 Mio.t Öl, 1 Mio.t Koks, 500.000-600.000 t Dampfkohle

1981:  
9,5 Mio.t Öl, 1,5 Mio.t Koks, 1-1,2 Mio.t Dampfkohle

1982:  
15 Mio.t Öl, 2 Mio.t Koks, 1,5-1,7 Mio.t Dampfkohle

China wird während der ersten fünf Jahre Industrieanlagen im Wert zwischen 7 und 8 Mrd.US\$ aus Japan importieren. In diesen Betrag sind Gebühren für Patente und technisches Know-how eingeschlossen. Weitere 2-3 Mrd.US\$ sollen für andere Baumaterialien und Ausrüstungen ausgegeben werden. Konkrete Projektangaben werden im Vertrag nicht gemacht.

Peking wird seine Importe auch in Zukunft auf der Basis von Zahlungszielen (deferred payments) finanzieren (Artikel 3). Verträge werden zwischen der Bank of China und der Bank of Tokyo abgewickelt. Die chinesische Seite hatte während der Verhandlungen mehrfach den Wunsch nach günstigeren Zinskonditionen geäußert, der allerdings von den Japanern abgelehnt werden mußte. Als OECD-Mitglied ist Tokyo an die übliche 7,5%-Verzinsung von Zahlungszielen gebunden. Allerdings einigte man sich auf eine Verlängerung der Laufzeiten. Waren bisher fünfsechsjährige Fristen üblich, sieht das Abkommen Laufzeiten bis zu zehn Jahren vor. Die von den Japanern vorgeschlagenen Kreditangebote wurden abgelehnt.

Chancen haben nach einer Meldung der "Japan Times" vom 17.2.78 aber japanische Bankeinlagen bei der Bank of China, mit denen Peking seine Industrieimporte finanzieren könnte. Ferner überlege man in Japan, ob man Rohstoffimporte aus China nicht vorfinanzieren könne, um die Liquidität des Partners zu erhöhen. Inayama erklärte nach seiner Rückkehr, daß das nur mit beiderseitigem Einverständnis kündbare Abkommen mit China wahrscheinlich auch über diese 8-Jahresfrist hinaus verlängert werden wird. Er kündigte ferner an, daß Japan Mitte der achtziger Jahre ca. 30 Mio.t chinesisches Rohöl importieren werde. Keidanren-Präsident Doko meinte, der Vertrag fördere die Diversifizierung des japanischen Exportmarktes und helfe der Wirtschaft bei der Überwindung der Rezession. Doko wies gleichzeitig darauf hin, daß der Handelsvertrag keine Drittstaaten berühre, auch nicht die Sowjetunion. Inayama sagte voraus, daß die chinesischen Importe im Wert von 10 Mrd.US\$ schon innerhalb der ersten 2-4 Jahre erreicht sein werden, da mit ihnen das nationale Modernisierungsprogramm beschleunigt werden solle.



Beide Äußerungen deuten an, weshalb das vom Volumen her relativ bescheidene Abkommen (s.o. Warenaustausch 1977) von der japanischen Regierung und Presse so begeistert gefeiert wird. Zum einen haben die Japaner erstmalig eine langfristig bindende Verpflichtung der Chinesen erreicht, zum anderen glaubt man in japanischen Industriellenkreisen, daß die jetzt erzielte Vereinbarung nur eine Minimal-Fixierung des beiderseitigen Warenaustausches darstellt. Zwar ist man sich auch in Tokio darüber im klaren, daß der chinesische Markt nicht überschätzt werden darf. Insbesondere wird er auch in Zukunft kaum ein Konsumgütermarkt sein. Gleichwohl werden die Modernisierungsbedürfnisse Pekings so hoch eingeschätzt, daß eine Erhöhung der 10 Mrd. US\$-Grenze schon innerhalb der Vertragsfrist wahrscheinlich ist. Zugeständnisse fielen umso leichter, als es ferner galt, den Amerikanern und Europäern zuvorzukommen.

Daß sich die Verhandlungen dennoch so lange hinzogen, lag primär daran, daß sich die japanischen Vorstellungen von Rohstoffimporten aus der Volksrepublik weitgehend von den chinesischen unterscheiden. Dies betraf besonders den Kohleimport. Peking hatte gefordert, schon 1978 1 Mio.t zu liefern. Man einigte sich schließlich auf ca. eine halbe Million. Der Widerstand der japanischen Stahlindustrie wurde zunächst mit umfangreichen Kokskohleimporten aus Australien begründet. Angesichts von Kohleimporten von mehr als 60-Mio.t, 1977 klang dieses Argument aber wenig glaubhaft. Die Entscheidung für japanische Stahlhersteller wurde offensichtlich dadurch erleichtert, daß sich ihre Produktverkäufe im Jahre 1977 an China mehr als verdoppelten. Peking hat im Jahre 1977 Stahlprodukte mit einem Gesamtgewicht von 4,8 Mio.t aus Japan importiert, 24,4% mehr als im Vorjahr(2). Die sechs Hauptlieferanten waren: die Nippon-Steel-Corporation, Nippon-Kokan, Sumitomo-Metal, Kawasaki-Steel, Kobe-Steel und Nisshin-Steel. Die japanischen Stahlproduzenten erwarten, daß China in den nächsten Jahren der größte Abnehmer von Stahlerzeugnissen werden und sogar die Amerikaner, die 1977 noch Stahlimporte mit einem Gesamtgewicht von 7,135 Mio.t bezogen haben, verdrängen wird.

Ein besonders großer Anteil scheint dabei auf die Nippon-Steel-Corporation zu entfallen, wie der Vorsitzende Inayama erklärte. Nippon-Steel soll den Chinesen, wie schon in Wuhan, auch beim Bau eines Stahlwerkes in Schanghai helfen. Das Schanghai Projekt soll nach chinesischen Vorstellungen eine Kapazität von 6 Mio.t jährlich haben, die Kosten werden auf 500 Mrd. Yen bis 1 Billion Yen angesetzt. Wenn es nach den Vorstellungen der Chinesen geht, soll das Werk bis Juni 1980 fertiggestellt sein (3). Schon jetzt halten sich Ingenieure der Nippon-Steel in Schanghai zu Projektgesprächen auf. Nippon-Steel soll sich ferner an der Modernisierung der größten chinesischen Stahlschmiede in Anshan beteiligen, während Nippon-Kokan das Shihchingshan-Stahlwerk in Peking mit neuer Technologie versorgen soll.

Obwohl die bevorzugte Stellung von Nippon-Steel unter der Konkurrenz schon Neid ausgelöst hat, sind sich die japanischen Industriekreise einig darüber, daß die chinesischen Nachfolgekäufe an japanischer Technologie weitere Profite bringen werden. China will seine Stahlproduktionskapazitäten von gegenwärtig etwa 30 Mio.t jährlich auf 100 Mio.t bis zum Jahre 1985 ausweiten - angesichts der zeitraubenden Aufbauarbeiten für Stahlwerke (bis 5 Jahre für Kapazität-

ten von 3-5 Mio.t) allerdings ein sehr optimistischer Plan.

Weniger zufrieden zeigte sich die japanische Ölwirtschaft mit dem Abschluß des Vertrages, der mehr Nachteile als Vorteile brächte. Ihr Hauptargument: Das chinesische Öl mit seinem hohen Paraffingehalt erfordere kostenintensive Weiterverarbeitungsprozesse und sei 20-30% teurer als auf dem Weltmarkt. Obwohl der Vertrag eine Klausel enthält, nach der sich Preise nach internationalem Standard richten müssen, glauben japanische Ölundustrielle, daß sich Peking bei seinen Ölexporten zurückholen könnte, was es z.B. beim Technologieimport zusetze. So wird befürchtet, daß Peking ein Handelsbilanz-Ungleichgewicht zu Preiserhöhungen auf dem Ölsektor ausnutzen könnte. Die Zustimmung der japanischen Ölindustrie zu dem Handelsvertrag war ohnehin erst fällig geworden, nachdem sich das Handelsministerium (MITI) entschlossen hatte, staatliche Subventionen für die Weiterverarbeitung chinesischen Rohöls anzubieten. Das Ministerium plant jetzt eine regierungsamtliche Industrieincorporation zu gründen, die 1979 eine Cracking-Anlage für Restöle bauen soll, um so einheimischen Raffinerien den Import des chinesischen Öls schmackhafter zu machen. Das geplante Werk soll eine Verarbeitungskapazität von 30 Mio.t Rohöl jährlich haben und im Haushaltsjahr 1982, wenn die chinesischen Ölexporte mit 15 Mio.t ihren Höhepunkt erreichen, seine Arbeit beginnen können (4). Die Baukosten der Anlage werden auf 300 Mrd. Yen veranschlagt.

Die Chinesen hatten überdies während der Verhandlungen versprochen, überwiegend Öl von der Qualität des Taching-Feldes zu liefern, das nicht ganz so wachshaltig ist wie das anderer Vorkommen. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, daß die japanische Kritik am hohen Wachsgehalt des chinesischen Öls dessen großen Vorteil völlig unterschlägt. Das chinesische Rohöl ist weitaus weniger schwefelhaltig als das Nahost-Öl und entspricht in seiner Qualität etwa dem indonesischen Minas-Öl. Schwefelabgase bei der Verbrennung stellen aber ein vorrangiges Umweltproblem dar, von dem besonders das hochindustrialisierte und dichtbevölkerte Japan betroffen ist. Mit nur einem Zwanzigstel des Schwefelgehaltes des arabischen Öls hat also das chinesische Öl auch erhebliche Vorteile für die japanische Industrie.

Der Handelsvertrag mit Peking kann als Beginn eines neuen Kapitels in den beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen gefeiert werden. Seine überragende politische Bedeutung liegt vor allem darin, daß er den wirtschaftlichen Unterbau zum angestrebten Friedens- und Freundschaftspakt Japans mit China bildet. Auf die enge Beziehung zwischen beiden Verträgen ging Inayama einen Tag vor der Unterzeichnung ein, als er auch seine Hoffnung auf den Abschluß des Friedens- und Freundschaftsvertrages zum Ausdruck brachte. Die politische Bedeutung des Vertrages mit China erstreckt sich aber auch auf die japanisch-sowjetischen Beziehungen. Die Verhandlungen über eine japanische Beteiligung an der industriellen Erschließung Sibiriens sind seit längerer Zeit festgefahren. Gespräche mit einer sowjetischen Delegation über technologische Zusammenarbeit endeten im Januar ohne Ergebnis. Auch für Moskau dürfte deshalb der japanisch-chinesische Wirtschaftsvertrag ein Signal für die baldige Nachfolge eines Friedens- und Freundschaftsvertrages sein. Schon berichteten Tokioter Zeitungen, daß Ministerpräsident Fukuda einen exakten Zeitplan für den Abschluß